

Der Sozialdemokrat

Er erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Sottinen, Zürich.
Postsendungen
franko gegen Franko.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements

werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
mitgenommen, und zwar zum
vorwärts zahlbaren
Vierteljahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kontant)
Fr. 2. — für Deutschland (Kontant)
Fr. 2.50 für Österreich (Kontant)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontant)

Inserate

Die Verlagsbuchhandlung
Sottinen, Zürich.
25 Cts. — 50 Wg.

Nr. 10.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wollen man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollte man sich die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Adressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

5. März 1886.

Parteienoffen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Nachträgliches zur Sozialistendebatte.

Berlin, 24. Februar.

Ein herzerquickender Jahrestag heute; und auch die Natur feiert ihn, denn nach langem, hartnäckigem Winter kündigt laue, lebendustende Luft den Frühling an.

Heute vor 38 Jahren am Morgen stand noch der Ziti-Thron. Der Bürgerkönig, ein Ausbund aller staatsmännischen Weisheit, der „Napoleon des Friedens“, hatte die Krone noch auf dem „erbaren“ Specktopf. Aber sie wackelte schon, obgleich die gesammte Ehrbarkeit und Staatsweisheit Europas thig darin war, daß der unvergleichliche „Bürgerkönig“ seine Dynastie auf ewige Zeiten begründet habe.

Wie konnte es auch anders sein? Vorkörperte er nicht in seiner abgerundeten Person alle staatsmännische Weisheit und zu gleicher Zeit die ganze bürgerliche Staats- und Gesellschaftsordnung? Wie konnte er fallen, der durch den Mund seines Valadins Guizot der Bourgeoisie das Heils- und Erlösungswort zugerufen hatte:

„Vereichert Euch!“

Zwar ging es in dem Nervenlaboratorium, wo die Willküräre geächtet wurden, nicht ganz reinlich zu: von Zeit zu Zeit drangen ähnliche Gerüche hervor, wie weiland Hammonia sie im „Wintermärchen“ gerochen. Hier und da wurde aus der Schule geplaudert. Hier und da verriet ein entlarvter Spiegel und Agent provokateur die „Moral“ des Systems. Hier und da entspurte sich ein Millionär älterer oder neuerer Rucht als Spigbube, Giftmischer oder Ähnliches. Indes — *la guerre comme à la guerre*. Wo Millionäre geächtet werden, muß es Kumppe geben. Und der Bürgerkönig ist doch der größte Staatsmann aller Zeiten! Der Genius und das Genie seines Jahrhunderts ist in ihm zu Fleisch und zu Speck geworden! Der Held der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung, auf dem er sein Reich errichtet hat, kann nimmermehr zerschellen, sein Reich nimmermehr in Trümmer fallen!

So ruft mit gewaltiger Lungenkraft der Chorus der „Zufriedenen“ (satisfaits), der „Intelligenzen“ und „Stützen“ der besten der Welten.

Und SEM Reich wurde doch in Trümmer geschlagen: am Nachmittag des 24. Februar im Jahre des Herrn, d. h. des souveränen Volks, 1848, auch das „tolle Jahr“ genannt, lag die Krone des Bürgerkönigs zu Paris in der Gasse, und der Bürgerkönig selbst, dieser Ausbund und Inbegriff aller staatsmännischen Weisheit, war auf der Flucht nach England, wo er bald darauf in der Verbannung starb — von den Meisten vergessen, von Allen verachtet, namentlich von seinen ehemaligen Bewunderern.

Seitdem hat in Frankreich ein zweiter Ausbund aller staatsmännischen Weisheit regiert — und das nämliche Ende genommen.

Die Franzosen, diese politischen „Borturner“, verstehen sich auf das Abklären geschichtlicher Entwicklungsprozesse. Wir Deutsche, obgleich auf unsere Turnerei sehr stolz, haben am politischen Red und Barren bis jetzt noch gar schlechte Fortschritte gemacht; doch bei fortgesetzter Uebung wird die Selensigkeit schon kommen. Uebung macht den Meister.

Auch wir sind vom Schicksal mit einem Ausbund aller staatsmännischen Weisheit begnadet worden; und besagter Ausbund hat sich uns so fest auf den Rücken gesetzt, wie weiland der Meergeris Sinbad des Seefahrers in „Tausend und eine Nacht“.

Auch SEM Reich ist für alle Ewigkeit begründet — so brüllt mit urgermanischer Lungenkraft der Chorus der „Zufriedenen“.

Aber bringen uns nicht verdächtige Gerüche in die Nase? Echte Fäulnisgerüche? Häufen sich nicht wie damals vor der Februarrevolution die Staudale monströserer Art? Ist nicht der Ausbund aller staatsmännischen Weisheit in eigener Person der Korruption verfallen — gerade wie weiland Louis Philipp und Napoleon der Kleine, die beiden früheren Ausbünde? Und die Spiegel und Agents provokateurs? Sind sie im „Reich der Gottesfurcht und frommen Sitte“ nicht etwa so zahlreich, daß wir auf der Strafe über sie stolpern?

Ja, die Vorzeichen, welche den 24. Februar ankündigten, sie haben sich wiederholt, sie wiederholen sich. Die schmutzige Werkstätte, in welcher der herrschende „Ausbund aller Staatsweisheit“ arbeitet, steht unserm Blick offen — Schwenninger, Ottopennig, Spigel Schmidt, Spigel Wolf, Spigel Friedemann, Spigel Neumann, Spigel ohne Zahl!

Und als jüngster, nicht letzter, und auch bloß jüngster der Entlarvten: Jhring-Mahlow.

Der „Bürgerkönig“ und Napoleon der Kleine, sie nahmen

kein größeres Päckchen von Entlarvten und von Entlarvungen mit nach England!

Es ist Februarluft, Frühlingluft. Schon am 18. und 19. Februar war sie zu wittern.

Daß es dem herrschenden Ausbund aller Staatsweisheit und seinem Vertreter im Reichstag, dem „Polizeiminister“ Puttkamer, an jenen zwei Tagen so schlecht ergangen, das hat jedenfalls in der Luft und an der Luft gelegen, Februarluft, Frühlingluft!

Ja, in und an der Luft muß es gelegen haben. Warum hatte sonst die „Sozialistendebatte“ so ganz anders verlaufen können, wie in früheren Jahren? Unsere Taktik war keine andere; unsere Angriffe nicht heftiger, unsere Anklagen nicht wichtiger. Die Temperatur war eben eine andere. Die Februarluft, die Frühlingluft!

Der Jhring-Mahlow ist sicher nicht schlimmer als der Wolf, der Neumann, der Friedemann, der Schmidt, und die lange Reihe seiner würdiger Vorgänger.

Aber der Reichstag war ein anderer. Aber die allgemeine Stimmung, das allgemeine Gefühl war ein anderes.

Das „öffentliche Gewissen“ war erwacht, der „politische Nerv“ hatte seine Empfindungslosigkeit verloren.

Noch vor zwei Jahren, noch vor einem Jahre wäre die Jhring-Mahlow-Geschichte vom Reichstag schweigend, gleichgültig angehört worden. Diesmal empfand der Reichstag die ganze bodenlose Infamie des herrschenden Systems.

Und daß der Reichstag dies fühlte, das war es, was den „Polizeiminister“ Puttkamer so niederdrückte. Wie jeden Wicht seines Schlages verließ ihn die angeborene und anerzogene Frechheit, sobald er sah, daß er vereinzelt war und sobald ihm von allen Seiten die Wäde und die Rufe der Verachtung entgegenhagelten.

Nie ist ein Mensch in solcher Stellung so kläglich zusammengelappt! Herr Barth hat nicht Recht, Puttkamer ist kein Komödiant!

N'est pas comedien qui veut! Zum Komödianten gehört etwas mehr als guter Wille. Wem muß auch das Zeug dazu haben. Er habe es nicht einmal zu einem bescheidenen Achtungserfolge gebracht — meint die „Frankfurter Zeitung“.

Nun, zu einem desto gründlicheren Verachtungserfolge. Es ist Februarluft, Frühlingluft.

In zwei Jahren haben wir den vierzigsten Jahrestag der Februarrevolution, und in drei Jahren gar das hundertjährige Jubiläum der „großen Revolution“.

Wie viel Spannung und Fäulnis die Patrone des Jhring-Mahlow noch ansammeln werden, bis das Eis bricht?

Der moralische und intellektuelle Bankrott ist am 18. und 19. Februar aller Welt offenbar worden.

Der politische Bankrott kann nicht lange ausbleiben.

Aus Frankreich.

In Frankreich hat sich in den letzten Wochen in den politischen Verhältnissen eine Entwicklung vollzogen, die für die Sozialdemokratie von höchstem Interesse ist. Wir meinen die Trennung der Arbeiterabgeordneten in der Kammer von ihren radikalen Schutzpatronen. Veranlassung dazu gab die bereits in Nr. 7 unseres Blattes besprochene Lyndung des Grubendirektors Matrin in Decazeville. Während die Radikalen in derselben lediglich einen erbauerwürdigen „Nord“ erblickten, hatte Basly, der ehemalige Bergarbeiter, den Ruch gehabt, in öffentlicher Versammlung zu erklären, daß dem Bogt „sein Recht“ gegeben. Ihm sekundierten seine Kollegen Antide Boyer (Abgeordneter für Marseille) und Samélat, Brancœur (Abgeordneter für Paris). Die Entrüstung der Radikalen über dieses „unparlamentarische“ Auftreten war groß, aber es sollte noch besser kommen. Wenige Tage nach dieser Versammlung, am 11. Februar, interpellierte Basly in der Kammer den Minister der öffentlichen Arbeiten, Herrn Balthaz, über sein Verhalten den Streikern und der Grubengesellschaft gegenüber und wurde natürlich mit Gemeinplätzen abgefertigt. Seine kräftige Rede wurde von den Radikalen mit eisigen Schweigen aufgenommen, nur die genannten Kollegen, sowie der Dichter Clovis Hugues, applaudierten ihm. Die Radikalen fühlten sich so nahe daran, Regierungspartei zu werden, daß sie es unumgänglich ruhig mit ansehen konnten, daß einer aus ihren Reihen einen „Nord“ gerechtfertigt erklärte. Und was für haarsträubende Forderungen stellten diese Basly und Konforten auf! Ein Lohnminimum für die Grubenarbeiter! „Aber das ist ja der reine Kommunismus!“ soll Herr Clemenceau in der Fraktionsstimmung der äußersten Linken ausgerufen haben, als dieser Punkt zur Verhandlung kam. Ein Lohnminimum — Kommunismus!

Der Bruch war perfekt, nun sollte aber die unbotmäßigen Arbeiter, die man bei der Wahl aus Gnade und Barmherzigkeit auf die Liste genommen — notabene ohne sie zu fragen — geduldig bestraft werden. Sie seten auf Grund des radikalen Programms gewählt und hätten daselbe jetzt verlegt, indem sie sich der Parteidisziplin — d. h. dem Nachtgebot der radikalen Presse — nicht untergeordnet, jetzt müssen sie vor ihren Wählern zur Rechenschaft gezogen werden, erklärte mit Emphe die in Paris viel gelesene „Lanterne“. Es muß eine große Wählerversammlung einberufen werden, um den Herren Nords zu lehren. Schön, uns ganz recht, erklären die Drei, wir werden auch dabei sein. Und diese eine Erklärung genügt, daß das geplante Entlastungsmeeting spurlos von der Bildfläche verschwindet. Eine Volksversammlung ist zu riskant, dafür wird auf den 21. Februar ein Meeting der Handelsstrebenden im Chateau d'Oran einberufen, auf dem angeblich nur darüber berathen werden soll, welche öffentliche Arbeiten im Interesse der Arbeitslosen zunächst in Angriff genommen werden sollen. Tatsächlich sollte das Meeting, wenn es realisierte, natürlich eine Regendemonstration gegen die zwei in Paris gewählten

Amstürzer sein. Und warum sollte es nicht glücken? Ein Entree von 75 Cts. und 1 Fr. 50 Cts. bürgte dafür, daß die „Schreier“ fernbleiben würden.

Aber die Pariser Arbeiter haben in solchen Dingen einen feinen Instinkt; sie ließen sich die erhebliche Ausgabe nicht verbieten und erschienen zur bestimmten Zeit in so großer Anzahl auf dem Meeting, daß die Einberufer nicht einmal den Ruch hatten, dasselbe zu eröffnen. Unter fürmlichem Beifall wurde Basly zum Vorsitzenden erwählt, wie denn überhaupt die Versammlung sich zu einem glänzenden Triumph des Sozialismus gestaltete. Die chauvinistischen Anspaltungen des von den Einberufern als Hauptreferenten bestellten Herrn Biberi fielen platt auf den Boden. So z. B.:

Biberi: Es handelt um die soziale, um die patriotische Frage. Mehrere Stimmen: Keine Deroubidismen! (Seitens.)

Biberi: Bliden Sie auf Deutschland und dessen Konkurrenz. (Rufe: Hoch die Internationale!)

Den Mittelpunkt der Versammlung bildete aber eine brillante Rede von Jules Guesde, die mit wahren Enthusiasmus aufgenommen wurde. Der von uns schon wiederholt gekennzeichnete Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“, für den natürlich Alles „Anarchist“ ist, was noch weiter zu gehen wagt als die von ihm approbirten Radikalen à la Rodroy, schreibt darüber:

„Jules Guesde setzte dem Auditorium auseinander, daß der augenblicklichen Krise, die von einer Ueberproduktion herrühre, nicht durch neue Produktion und neue Arbeiten Einhalt gethan werden könne. „Die Arbeit steht still, sagte er, weil die Magazine zu voll sind. Diese aufgeschütteten Waaren von denen, welchen man sie gestohlen hat, verzeihen zu lassen, das ist die einzige Lösung.“ Man kann sich den Jubel denken, welchen diese Brandrede unter den Anwesenden hervorrief; ja die Versammlung hat hier geradezu alle ihre Beifallspenden ausgegeben und für die folgenden Redner, Samélat und Boyer, blieb daher nur sehr wenig übrig. Zum Schluß wurde eine „ellenlange Tagesordnung“ votiert, in welcher wie immer ein Lohnminimum, achtstündige Arbeitszeit u. verlangt wurde, und dann verließen die Anarchisten unter Ablegung der „Carmagnole“ den Saal. Die Organisatoren des gefürchten Meetings, der unglückliche Biberi an der Spitze, protestierten heute in einem an die Presse gerichteten Brief gegen die „Verletzung des Dominis“ (?) von Seiten der Anarchisten. Wir sind geneigt, zu glauben, daß dieser patriotische Protest die Herren Basly und Konforten äußerst kalt lassen wird!“

Wir auch, denn es ist einfach lächerlich, von einer „Verletzung des Hausrechts“ zu reden. Jedermann war eingeladen, die Sozialisten — nicht Anarchisten, verzeht Herr — gehören auch dazu. Es ist nicht ihre Schuld gewesen, wenn die Einberufer des Meetings sich so müthig — gedrückt.

Und was die „Brandrede“ Guesde's betrifft, so bedauern wir wirklich, daß uns der Raum fehlt, sie hier abzuwägen zu können. Daß er es bei der oben zitierten Bemerkung, deren Richtigkeit mit jedem Tage evident wird, nicht bemerken ließ, liegt auf der Hand. Er ging, nachdem er gezeigt, daß von den heutigen Regierern nach dieser Seite nichts zu erwarten sei, dazu über, die Frage der in Aussicht genommenen Arbeiten zu besprechen.

„Diese, mitten in der Zeit der Krise vorgeschlagenen Arbeiten“ — rief er aus — „werden nur dazu dienen, Unternehmer und Spekulanten zu Millionären zu machen. Für ein Stück trocknen Brod werden diese Herren von dem immer zahlreicheren Heer der Hungerleider 11 und 12 Stunden Arbeit herauszujuden. Es heißt mit anderen Worten: Niedrigere Löhne und höhere Profite. Gegen diese Spekulation, dagegen, daß die neuen Arbeitsstätten ihre Spitze nicht gegen die Arbeiter richten, ist ein Eingreifen des Staates oder der Stadt unerlässlich. Um die leeren Magen gegen sich selbst zu schützen, müssen die öffentlichen Gewalten die Unternehmer durch eine in die Zukunftsberechnungen einzureichende Klausel zwingen, den Arbeitstag auf acht Stunden zu reduzieren, den städtischen Lohnsatz zu spezifizieren und von der Vergütung der Arbeiten an Jüdischen-Unternehmer, die schon 1848 durch ein Gesetz verboten wurde, Abstand zu nehmen.“

Eine Stimme: Sehr gut! Nur zu viel Wahrheiten für die anwesenden Bourgeois!“

Guesde (fortfahrend): „Unter diesen, von Bailant (im Gemeinderath) geforderten Bedingungen können die öffentlichen Arbeiten, mit denen man Cure Augen zu blenden sucht, das Ueber-Glend zwar nicht aus der Welt schaffen, aber doch lindern. Die Arbeiter können von ihrer Arbeit leben, und der Kleinhandel, dessen Lage mit der der Arbeiter verknüpft ist, die seine Haupt-, wenn nicht seine einzigen Kunden sind, kann sich bis zu einem gewissen Grade erholen. Diese Leute können dem Bankrott nur solange entgehen, als die Proletarierfamilie durch ihren organisirten Bedürfnissen entsprechende Löhne in den Stand gesetzt ist, zu konsumieren.“ (Donnernder Beifall.)

Das eine Probe der anarchischen „Brandrede“! Man deuretheile danach die Glaubwürdigkeit des ehrenwerthen Korrespondenten des demokratischen Weltblattes.

Immer auf die weiter nach links Stehenden zu schimpfen, das ist die beste Art, die Reaktion zu beschören.

Natürlich hat diese Versammlung den Kerger der französischen Radikalen nur noch gesteigert. Bisher haben sie immer noch, aus der Zeit des Kaiserreichs her, bei den Massen großen Anhang besessen, und sie glaubten sich denselben dadurch zu sichern, daß sie das Wort „sozialistisch“ und einzelne Arbeiterforderungen in ihr Programm aufnahmen. Aber wie wir bei Besprechung des vorjährigen Wahlergebnisses sagten, es kommt der Moment, wo auch dies Mittel verfehlt, wo die Frage rund und nett gestellt wird, wo es kein Wenn und Aber, sondern nur ein Entweder — Oder gibt, wo der Klassenkampf in der modernen Gesellschaft unerlässlich zum Ausdruck kommt und unabweidende Stellungnahme erfordert. Und je unermittelbarer er eintritt, um so deutlicher zeigt sich der Gegensatz.

So in der Affäre Matrin.

Niemand ist so blutiger, daß er den Nord von seiner selbst willen verherrlichen wird, aber hier handelte es sich doch um mehr als um einen bloßen Todtschlag — wenigstens für den Arbeiter. Clemenceau, der Politiker, der mit großen Theilen der Bourgeoisie rechnet, mußte ihn verurtheilen, Basly aber, der Arbeiter, der noch nicht genug parlamentarische Atmosphäre geschluckt, um seine Klasse zu vergessen, der noch fühlt, was es heißt, jahrelang von einem solchen Schinder sich mißhandeln lassen zu müssen, beurtheilt auch naturgemäß den an einem solchen Vorgehen bezagangenen Ruch nicht vom juristischen, sondern vom sozialen Gesichtspunkt aus. Wir brauchen also nicht einmal schlechte Motive auf der andern Seite vorauszusetzen, es war, wie gesagt, der Klassengegensatz, der zum Ausdruck kam.

Und nun der Ruch einmal vorhanden, nun treibt die Natur der Dinge zu immer weiteren Konsequenzen. Bisher haben in der französischen Kammer immer die politischen — das Wort hier im engeren Sinne genommen — Fragen die Parteibildung beeinflusst, jetzt zum ersten Mal ist eine Gruppe von wirklichen Arbeitervertretern vorhanden. Sie ist noch klein, aber — „nous serons des petits“ — wir werden Junge machen,

rief Clovis Hugues in der Sitzung aus, in welcher die Interpellation Basky verhandelt wurde. Und tatsächlich gravitieren auch die anderen Arbeiter in der Kammer — Brialou, Gilly, Planteau und Rudon — immer mehr zu der kleinen Gruppe. Das beweist die Kollektivadresse an die englischen Arbeiterabgeordneten, welche ihre französischen Kollegen zu einem Bankett eingeladen hatten. Ohne sich auf hochtönende Phrasen einzulassen, sandten sie ihnen lakonisch ihren Gruß und folgenden Vorschlag:

„In Erwägung, daß bis zur Umgestaltung der Gesellschaft auf geordneter und gleichmächtiger Grundlage gewisse Reformen notwendig sind, schlagen wir vor:

- 1) Zu gleicher Zeit eine Bewegung zu Gunsten einer internationalen Arbeitergesetzgebung betreffs nachstehender Punkte heranzuführen: a) Kinder unter 14 Jahren dürfen nicht zur Arbeit verwendet werden; b) Beschränkung der Arbeit für Frauen und Kinder; c) Gesundheits- und Sicherheitsmaßregeln, um die Gesundheit, die physische und geistige Entwicklung und das Leben des Arbeiters zu schützen; d) Schutz und Versicherung wider Unglücksfälle; e) Festsetzung eines Normalarbeitstags von höchstens acht Stunden; f) gesetzliche Festsetzung eines Ruhetags pro Woche; g) Errichtung eines internationalen allgemeinen statistischen Uebersetzungsbureaus, welches damit betraut wird, die Mittel vorzuschlagen und zu ergreifen, um die internationale Arbeitergesetzgebung auszubehnen.

2) Zusammenberufung eines internationalen Kongresses im Monat September, zu welchem alle Vertreter der Arbeiter von Amerika und Europa eingeladen werden, im Interesse der Emanzipation der Arbeiter aller Länder.“

Ob sie mit diesem Vorschlag bei den Engländern Erfolg haben werden, bleibt abzuwarten. Bis jetzt haben diese ihren Ruhm darin gesucht, bei den Bourgeois als brave Kinder zu erscheinen; vielleicht paßt die Logik der Thatsachen auch ihnen die Erkenntnis ein, daß sie noch mehr zu thun haben, als im Parlament um Fiktionen zu feilschen. Ganz ohne Rückwirkung wird das Beispiel ihrer Kollegen im französischen Parlament sicher nicht bleiben.

In Frankreich selbst hat natürlich das Auftreten von Basky und Genossen bei der Arbeiterkammer überall freudige Zustimmung gefunden. Jeder Tag bringt neue Zustimmungsbriefe von Vereinen, Syndikatskammern u. aus allen Theilen des Landes. Fänden heute Neuwahlen statt, sie würden ein ganz anderes Resultat ergeben, als jene vor vier Monaten.

So haben wir alle Ursache, uns des Ganges der Dinge in Frankreich zu freuen.

Glück auf, es geht vorwärts!

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 3. März 1886.

— **Von Sieg zu Sieg!** Im Augenblick, da unser Blatt in die Presse gehen soll, erhalten wir telegraphisch die Nachricht, daß am 2. März der 19. sächsisch Wahlkreis für unsere Partei wiedergewonnen wurde. Mit 8543 Stimmen gegen 7467 Stimmen wurde Genosse Geper gewählt.

Hoch die Sozialdemokratie!

— **Wie unendlich groß steht die kleine Schweiz dem großen deutschen Reich gegenüber da, und wie erbärmlich klein das deutsche Reich** — rief am 18. Februar Genosse Vebel im Reichstag aus, indem er den Bericht des Bundesanwalts Müller über die Anarchistenagitation in der Schweiz mit den Notizen zur Verlängerung des Sozialistengesetzes verglich. Zu einem ähnlichen Ausdruck fühlt man sich veranlaßt, wenn man die Antwort liest, welche jüngst der Schweizerische Bundesrath einem Fabrikanten in Schaffhausen zu Theil werden ließ, der sich über den Fabrikinspektor Rüspertli beschwert hatte. Der Rüspertli, lesen wir darüber im „Grütliener“, der tüchtige und wohlgeleitete Inspektor des III. Kreises, hatte einem Arbeiter jenes Geschäftes, als dieser verunglückte, zu einer Haftpflichtentschädigung zu verhelfen sich bemüht, und auch bezüglich des Verhältnisses der Arbeitertransporthilfe zum Etablisement intervenirt, was Alles den Fabrikbesitzer so aufgebracht, daß er Herrn Rüspertli in Bern verklagte. Da ist nun freilich der Herr dds abgebildet; der Bundesrath hat ihm rundweg erklärt, Herr Rüspertli habe ganz recht und in der Ordnung geurtheilt. Die bundesrathlichen Motive lauten:

„Es muß den Fabrikinspektoren zur Ausübung ihres Amtes das Recht zustehen, und es ist ihnen in ihren Dienstinstruktionen auch ausdrücklich gewährt, den Arbeiter über Dinge, welche die Ausführung der gesetzlichen Vorschriften über Fabriken und Haftpflicht betreffen, zu befragen, und sie haben nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, in solchen Fällen, wo sie ihn in seinen Rechten verkränkt glauben, sich seiner anzunehmen, ihn zu befehlen und ihm zu denselben zu verhelfen, wobei es nicht darauf ankommt, ob sie, ihren guten Glauben vorausgesetzt, richtig oder unrichtig dachten, da hierüber einzig die kompetente Behörde zu entscheiden hat. Es ist namentlich grade das Haftpflichtgesetz, welches bis jetzt wegen der Unkenntnis der Arbeiter, des Einflusses der Arbeitgeber auf letztere u., nur eine mangelhafte Vollziehung gefunden hat, und es ist daher notwendig, daß die Inspektoren ein aufmerksames Augenmerk darauf richten, daß seine Bestimmungen eine genügende Vollziehung finden.“

„Geno haben die Fabrikinspektoren das Recht und die Pflicht, sich um das Kranken- und Unterstützungswesen in den industriellen Etablisementen zu kümmern. Namentlich bringt es ihr Amt, welches darin besteht, die Vollziehung der gesetzlichen Vorschriften zu kontrolliren, mit sich, daß sie nachforschen, ob, wie es nicht selten vorkommt, die Lasten der Haftpflicht in ungeschicklicher Weise auf die Arbeiter übertragen werden, und wo sie dies zu finden glauben, auf Abhilfe dringen. Es ist ihnen auch unbenommen, außer beim Arbeitgeber auch bei Arbeitern Erkundigungen über solche Dinge einzuziehen, und sie müssen sogar im Zweifelsfalle beide Parteien hören, da sie nicht an der Seite der einen oder andern, sondern über denselben stehen sollen. Kommt ihnen dabei auch keineswegs ein bindendes Urtheil zu, so haben sie doch immer die Pflicht, die Vollziehung der gesetzlichen Vorschriften zu überwachen.“

Daraus ist zu ersehen, daß die Arbeiter an den Fabrikinspektoren eine zuverlässige Stütze haben sollen und haben und sich also vertrauensvoll an diese wenden dürfen, wenn sie etwas, das auf den Vollzug von Fabrik- und Haftpflichtgesetz Bezug hat, drückt. Wie brauchen nicht beizufügen, daß der Entscheid des Bundesrathes durchaus dem Geiste und den Intentionen des Fabrikgesetzes entspricht; es ist aber gut, und muß anerkannt werden, daß die Behörde unumwunden und fest sich zu der vorstehenden Erklärung entschlossen hat.“

Soweit der „Grütliener“. Man vergleiche mit der kräftigen Sprache des bundesrathlichen Entschlusses die Lamentationen des großen Sozialreformers Bismarck über die „Belästigung der Industrie“ durch die Fabrikinspektion! Wahrlich, auch in der „freien Schweiz“ ist nicht Alles Gold, was glänzt, aber die Pharisäer des „Austerebantenstaates“ haben keine Ursache, hochmüthig auf die kleine Republik herabzusehen und ihr vorzumerfen, sie führe ihre Gesetze nicht durch. Es gäbe eine recht ausführliche Liste, wollten wir alle Gesetze und Verordnungen aufzählen, die in Preußen todter Buchstabe geblieben.

— **Ueber den skandalösen Prozeß Rüdelsahn** schreibt man uns aus Altona:

„Wenn ich heute zur Feder greife, so geschieht es, um über eine von deutschen Richtern verübte Schandthat zu berichten, welche recht deutlich zeigt, daß unsere Justiz zur „feilen Dirne der Pöbel“ sich erniedrigt hat, was nicht laut genug in die Welt hinausgeschrien werden kann. Raum mag ich es wiederholen, was andere Blätter bereits in einem gleichgültigen Tone geschrieben haben, daß Altonaer Richter unsern braven Genossen, den Zigarrenarbeiter Aug. Heinrich Rüdelsahn, 29 Jahre alt, wegen Verbreitung von verbotenen Schriften auf Grund § 9 des Sozialistengesetzes zu 3 Jahren und mit ihm die Genossen Pashburg und Lippold wegen Beihilfe zu dem konstruirten Vergehen zu 5 resp. 3 Monaten Gefängnis verurtheilt haben, weil mir die Schamröthe darüber ins Gesicht tritt,

daß wir in diesem „aufgeklärten“ Zeitalter noch derartige Richter unter uns dulden.“

Was haben denn die Genannten gethan, wofür sie so hart büßen sollen? Rüdelsahn sagte in der Verhandlung: „Ich habe sechs Monate hindurch im Auftrage eines Andern, den ich nicht nenne, den „Sozialdemokrat“, bei welchem sich zuweilen einige Schriften befanden, für die Versendung in ein von Pashburg gemiethtes Zimmer verpackt, moorn dieser nichts wußte; verständig habe ich gar nichts. Lippold, der nach seiner Verurtheilung wegen an ihm wahrgenommener Geistesänderung aus dem Gefängnis vorläufig entlassen ist, erklärte, er habe es in der Untersuchung bestritten, drei Rissen für Rüdelsahn expedirt, aber nicht gemußt, was darin sei. Pashburg that dar, daß er von gar nichts wisse und Alles erst durch die Untersuchung erfahren habe. Bezüglich des Letzteren thaten die Polizeikommissare Engel und Riendorf ihr „Bestes“. Sie beklundeten eblid, daß Pashburg mit Rüdelsahn zusammen am Abend des 18. November v. J. um 10 Uhr in dem fraglichen Zimmer gepakt haben, was, wie ich bestimmt weiß, erlogen ist. Denn erstens konnten sie in das Zimmer, welches in der dritten Etage sich befindet, nicht hineingehen, und daß sie auch nicht hineingegangen hätten, beweist der Umstand, daß sie, als sie das Zimmer mit Sturm einnahmen, erst alle Etagen im ganzen Hause durchsuchten, bis sie das richtige fanden. Der Staatsanwalt Großhuff (konnte heißen: Groß-Schuff) war der Meinung, daß Rüdelsahn ein halbes Jahr hindurch jede Woche eine Sendung expedirt und dafür 13 Jahre Gefängnis verdient habe, nach dem Wortlaut des Gesetzes, wo von Verbreitung „einer“ verbotenen Druckschrift die Rede sei, eigentlich aber noch viel mehr; — er wolle aber menschlich handeln (hört! hört!) und deshalb nur (!) sechs Jahre Gefängnis beantragen. Pashburg und Lippold, meinte er, seien wohl mit 6 resp. 4 Monaten Gefängnis genügend bestraft. Dr. Türkheim führte die Vertheiligung an. Er kritisirte scharf die Auslagen der beiden Polizeikommissare und bekämpfte die vom Staatsanwalt vertretene Rechtsauffassung, wobei er dem Sozialistengesetz als solchem seine volle Würdigung angedeihen ließ. Seine Ansicht war, daß Rüdelsahn wegen einem fortgesetzten Vergehen, aus welchem man aber nicht so und so viele Risse konstruiren könne, sondern das als Ein Fall angesehen werden müsse, mit höchstens 6 Monaten Gefängnis bestraft werden könne, daß Pashburg und Lippold aber wegen ungenügenden Beweises freizusprechen seien. Die Richter erkannten im Sinne des Staatsanwalts, doch ermäßigten sie das Strafmaß dahin, wie oben angegeben, rechneten aber Reinem die Unterjuchungshaft an, selbst Lippold nicht, den sie durch eine 14wöchentliche Untersuchungstortur so verwirrt gemacht haben, daß er ein „Geständniß“ ablegte. Zu ihrem „Edelmuth“ sind die Richter deshalb gekommen, weil sie bezüglich Rüdelsahns angenommen, er sei durch Verführung in das Parteigetriebe der Sozialdemokraten hiningerathen und zu Handlungen verleitet, worüber er sich gar nicht richtig klar geworden sei.

Dieses nun so schwachvolle Urtheil vom Rechtsstandpunkte aus zu kritisiren, halte ich für überflüssig, weil es in Deutschland kein Recht gibt und der Wortlaut unjeres Gesetzes so mangelhaft gestellt ist, daß er jedes Urtheil zuläßt, was berühmte Rechts-Rasen-Drechsler à la Oppenhoff nachgemessen haben; bemerken aber will ich, daß kein Urtheil des Sozialistengesetzes im Sinne dieses Urtheils bisher noch kein Urtheil gefällt und uns dadurch der deutlichste Fingerzeig gegeben ist, aus welchem Zwecke jetzt der Wind weht. Was die eingeleitete Revision beim Reichsgericht nützen wird, wann man nicht wissen, daß aber auch dieses Gericht urtheilen kann, wie es soll, das beweisen die Fälle Scupin und Schläter.

— **Verurtheilung.** In der „Berliner Volkszeitung“ vom 26. Februar finden wir eine Notiz, welche im Wesentlichen den Inhalt der in Nr. 8 unseres Blattes veröffentlichten Zuschrift aus London recapitulirt und als Verfasser derselben Fr. Engels nennt.

Es ist natürlich Jedermanns Recht, seinen Vermuthungen über den Verfasser irgend einer Emancipation freien Lauf zu lassen, aber von einem ehrenhaften Journalisten sollte man doch erwarten dürfen, daß er in einem solchen Falle zu erkennen gibt, daß es sich nur um eine Vermuthung handelt. Da der betreffende Redakteur dies nicht für nöthig hielt, so fand auch eine ganze Anzahl von anderen Blättern auf diese Notiz herabzusehen.

Wir halten uns deshalb verpflichtet, zu erklären, daß Fr. Engels nicht der Verfasser jenes Briefes ist.

— Nach längerer Unterbrechung ist kürzlich wiederum eine Nummer der „Narodnaja Wolja“ erschienen — die Doppelnummer 12 und 13. Dem uns vorliegenden Exemplar sieht man auf den ersten Blick an, unter welcher schwierigen Umständen sie hergestellt werden mußte. Daß sie aber, trotz der enormen Verluste, welche die Brutalität der russischen Regierung der Partei zugefügt, trotz der unangenehm betriebenen Verhaftung und Deportirung „Verdächtigter“, überhaupt hergestellt werden konnte, ist ein erhebender Beweis von der Opferthatigkeit und Gerechtigkeit der russischen Revolutionäre, und als solchen begrüßen wir das Wiedererscheinen des tapferen Kampfganges auf's Freudigste. Aus seinem Inhalt werden wir in nächster Nummer das Bemerkenswertheste mittheilen.

— **Seit der „Sozialistenrede“** leidet der Reichstag an groblicher Beschlußunfähigkeit. Erst wenn das Schnapsmonopol zur Verhandlung kommt, wird es im Reichstag wieder lebhafter gegeben. Herr von Puttkamer hat sich auf seinem Platz noch nicht wieder sehen lassen. Trotz seiner „Abgebrühtheit“ soll ihm die Blamage des 18. und 19. Februar doch in die Glieder gefahren sein, so daß er krank ist. Nun — auf „obere Theile“ kann das Uebel bei diesem abligen Musterjunker nicht geschlagen sein — das ist wenigstens ein Trost.

— **In der Arbeitergesetzgebungskommission** des deutschen Reichstages ist die Ausdehnung des Verbots der industriellen Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren auf Hausindustrie und Gewerbe, sowie das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in Fabriken gegen die Stimmen der Nationalliberalen und Konservativen angenommen worden. Natürlich ist dieser Beschluß für das Plenum noch nicht maßgebend. Da wird's wohl auch aus Zentruc. Umfalle's Vertreter geben.

— **Puttkamer** hat seinen „Sozialdemokrat“ gut studirt. Er hat die Lektion, welche wir ihm vorlasen, gut auswendig gelernt. Genau wie wir vor vier Wochen schrieben, hat er erstens das „Kotze Gespenst“ heraufbeschworen, und zweitens seine Duldung der sozialdemokratischen Presse herausgefordert. Hätte er nur die Lektion etwas besser gelernt! Jedenfalls ist es ein hübscher Witz der Geschichte, daß Puttkamer seine Vertheiligung gegen die Sozialdemokraten erst vom „Sozialdemokrat“ lernen muß.

— **Aus Berlin** schreibt man uns: „Die Affäre Spring-Wahlow wird nicht so gemäßlich verlaufen, wie Herr Puttkamer sich eingebildet haben mag. Die Entlarver dieses Lumpen haben die Sache dem Staatsanwalt übergeben, und zwar unter Vorbehalt, welche es absolut unmöglich machen, die Sache todzuschmeißen oder in ein harmloses Fahrwasser zu lenken. Wir wissen, mit wem wir es zu thun haben; und Herr Puttkamer wird finden, daß wir mindestens so früh aufstehen als er selber.“

Beiläufig liegt Spring-Wahlow noch im Hospitale. Das Naturkatastagen ist, daß ihm vor vier Wochen seitens der Sozialdemokraten ausgehakt wurde, war Fraktur geschrieben, und mit blauer und rother Tinte, die sich nicht leicht vermischt.

Vorstehende Notiz war bereits zur Druckerei gewandert, als uns mit der neuesten Post die Nachricht wird, daß Puttkamer ein wahres Meisterstück an Fieseli verübt hat. Nachdem er sich von den moralischen Ruthenstreichen, die er am 18. und 19. Februar im Reichstag erhalten, soweit erholt, daß er überhaupt einen Gedanken fassen konnte, ist er auf die Leuten seines Kalibers sehr naheliegende Idee verfallen, durch doppelseitige Frechheit zu verblüffen und dann die Rolle der gekränkten Unschuld weiter zu spielen. Er hat gegen die beiden Jungen, die ihm Sings im Reichstag zur Bekräftigung seiner Auslagen über Ehren-Singer gemacht, **Auflage wegen Beleidigung** erheben lassen. Aber — der brave Puttkamer vergißt ganz, daß er sich dadurch nur immer mehr mit dem sauberen Spring-Wahlow identifizirt, und daß ihm selbst eine Verurtheilung wegen Beleidigung, wenn er sie erzielen

sollte, absolut nichts nützt. Die Frage der Beleidigung ist formell, hier aber handelt es sich um die Sache. Und wenn die Beiden den Spring todgeschlagen hätten und daraufhin zum Tode verurtheilt würden, so müßte diese Verurtheilung dem Reichspräsidenten nicht die Bohne sein. Er wird den Wahlow damit nicht loslassen. Der Prozeß wird im Gegentheil nur dazu dienen, den Standal zu vergrößern, das System immer schärfer bloßzustellen. Ueberflüssig sein wollen, ist immer ein Fehler.

— **Ueberfall** das gleiche Rindvieh. In Stettin wurde am 7. Februar der Schlosser Richard Hundler, ein wackerer und eifriger Genosse, unter harter Beteiligung seitens der Sozialisten von Stettin und Umgebung begraben. Gegen 300 Leidtragende hatten sich eingefunden, dem todtten Freunde die letzte Ehre zu erweisen. Natürlich fehlte es aber auch nicht an R-ältern des Staats und der Gesellschaft. Nicht weniger als 20 Schulleute, ein Kommissar und der Polizeinspektor David hatten sich eingefunden, deren erste Sorge war, alles, was roth ausfiel, zu entfernen. Bom Saug und von den Kränzen mußten die rothen Schiffe entfernt werden, das Tragen von rothen Bändern oder Ketten im Knopfloch wurde verboten, sogar diejenigen, welche nach vorziger Sitte ein rothes Taschentuch in der Seitentasche trugen, mußten dasselbe unsichtbar machen. Und so war, wenn auch nicht der Staat, so doch Stettin gerettet. Denn die Beerdigung auf einem Borort Ratland, so kamen, sofort als der Zug das Stadtgebiet hinter sich, die Stettiner Polizei also „nig mehr zu setzen hebbt“, die rothen Kleider wieder zum Vorschein. Und merkwürdig, daß ländliche Rindvieh wurde nicht „wild“. Die Beerdigung ging ohne Zwischenfall von Statten. Erst als sie vorüber war, kam ein größeres Gensdarmarie-Aufgebot in drei Droßeln angefahren; leider gab's nichts mehr zu retten. Sie trösteten sich damit, daß es ein altes Schicksal der Gensdarmarie ist, „immer zu spät“ zu kommen.

— **Deutschlands gebildete Jugend.** Von der Geistesverfassung der Jugend, welche nach Ansicht der Stöcker, Treitschke und Kompagnie eine Bürgerkastei ist für die Bewerigung der Bismarderei in Deutschland, zeugt folgender Vorkall, der sich vor wenigen Tagen in dem „wieder-gewonnenen“ Straßburger abspielte. Wir folgen der Darstellung im Sprechsaal der nationalliberalen „Straßburger Post“:

„Am Sonntag Abend betrat ein der katholischen Studenten-Verbindung „Badenia“ angehöriger Studiosus in Begleitung zweier älterer Herren den Luthhof. Im Begriffe, an einem Tische Platz zu nehmen, erschien der Wirth und eröffnete dem die Farben seiner Verbindung tragenden Badenen: „Die Corps beantragen, daß Sie das Lokal verlassen.“ Hierauf begab sich die ganze Gesellschaft zum Buffet, wo die beiden älteren Herren, die sich als akademisch gebildete Braute bezeichneten, dem Wirth den Standpunkt klar machten. Die Frau des Wirthes erwiderte: „Der Herr hätte bleiben können, wenn er die Mühe abgenommen hätte.“ Hervorgehoben muß werden, daß die Mitglieder einer andern studentischen Verbindung mit ihren farbigen Rügen im Saale ungenirt anwesend waren. Der Badene mit noch zwei jungen Herren zog sich zurück. Sie waren noch nicht an der Thüre angelangt, als schon eine Reiterin nachkam und dem Badenen jagte: „Herr! — Sie nannte den Namen eines Studirenden, der mit seinen Corpsbrüdern an einem andern Tische saß — läßt Sie bitten, den Stürmer abzunehmen, es genire ihn sonst, Bier zu trinken.“

Man bewundere den feinen Takt und die erhabene Besinnung, die sich in solcher Aufführung wiederpiegelt. Ist sie nicht im höchsten Grade der strebsamen Jünger der Wissenschaft, der zukünftigen Träger der Kultur und des Lichtes, würdig? Nicht zufrieden damit, sich gleich Carnevalsnarren mit bunten Hüben und Bändern auszustaffiren, geniren sich diese Sprößlinge der „bessern Gesellschaft“ nicht, diesen läppischen Trüdeltramp als Vorwand zu Hoffeiten und Flegelien zu benutzen, wie man sie gleich verächtlich in keiner andern Gesellschaftsklasse findet. Und dabei bilden sich die Raffens obendrein ein, daß sie mit ihrem Firtelanz andern Leuten noch „imponiren“! Als ob mit diesem „akademischen“ Geiße die gesellschaftliche Entwicklung überhaupt stehen geblieben wäre! Heute zuckt jeder vernünftige Mensch über diese Albernheiten die Achseln, denn Jedermann weiß, daß das Philisterrhum, die ehngährige Bornirtheit, nirgends so potenziert zu finden ist als bei den mit Cerevis und Bruchband austaffirten Burtschen.

— **Die armen Gesellschaftsretter** haben jetzt wirklich schlechte Zeiten. Wieder hat Einen der Staatsanwalt am Wickel gepackt und glücklich auf fünf Jahre ins Gefängnis gebracht — wegen Betrügereien und Unterschleif. Es ist der konservative, antimilitärisch angehauchte Erlantagsabgeordnete Schmidt aus Dresden, dem dieses neue Unglück passirt ist. Er war eine „Säule der Ordnung“, eine „Stütze des Staats“, ein „leuchtender Borkämpfer gegen die Anarchie“ — welche sie da dem braven Birndäum ins Gefängnis nachschickten mußten. — Warum wohl die Staatsanwaltschaft mit einmalmal so streng sind gegen die verunglückten Gesellschaftsretter, nachdem sie bisher so gerne die Augen zugedrückt? Merkt man, daß der Ruf der Dame Justitia doch etwas zu schwer gelitten hat und einer Reparatur bedarf? Oder was sonst ist der Grund? Häßlich ist aber, daß diese Gesellschaftsretter stets an zwei Klippen scheitern: am heiligen Eigenthum und an der heiligen Moral. Vermuthlich schlagen sie diesen beiden heiligen Blos deshalb so gern ins Gesicht, weil sie dieselben gar so lieb haben — nach dem klassisch-biblischem Grundsatz: **Wem Gott lieb hat, den züchtigt er.**

— **rwl. Daß der große Otto auch dankbar sein kann,** hat neulich der Reichs-Stephan erfahren. Bekanntlich war der Otto-Bettel von den großen Hörden und Geldbaronen inhenirt und der größte Theil der Summe von ihnen aufgebracht. Diese gegenseitige Handwahrung — die Gemährung des Otto-Douceurs — war jedoch zu durchsichtig und behagte daher dem großen Ranne nicht. Nun that zwar das nationalerose Gesindel in den Städtchen das seinige, um auch das „Volk“ zur Beisteuer zu veranlassen, allein immer noch fehlte das platte Land. Da schlug sich Ehren-Stephan in's Mittel, verfügte er doch über den ausgiebigsten Beamten-Apparat in ganz Deutschland. Nicht nur, daß alle Post-Unterbeamten (Briefträger, Postkassen, Landboten u.) angewiesen wurden, jeder wenigstens 25 Pfennige zur Unterstützung des großen, armen Rannes beizutragen, die Landpostboten wurden extra kommandirt, die Sammelstellen auf dem Lande zu transportiren. Da diese Beamten jedes Dorf täglich mindestens einmal besuchten, überall bekannt und gern gesehen sind, so versprach diese Art des Bettels den besten Erfolg, denn Jeder gab, mehr dem Sammler als dem großen Otto zu Liebe, seinen besten Beitrag, und der Postbote ward von seinen Vorgesetzten am besten angesehen, je mehr er Unterschriften und Beiträge brachte. Welchen Spott über den „Bettel“, wie ihn der Bauer nannte, die armen, geplogten Stephanfänger oft auf dem Lande hören mußten, davon hat mir manch einer derselben auf meinen einsamen Wanderungen erzählt. Das Verdienst des großen Stephan um den Staat und seine noble Gesinnung erbeichteten aber Bezeichnung, und so sprach er jetzt vorn in allem Aelbstlichte, während der schwärzlichen Schimmer hinter ihm nur die patriotische Ergänzung der hohenzollern'schen Hausfarben darstellte. So fällt das „dankbare“ Volk „freiwillig“ den Bettelack mit dem neufürstlichen Wappen, dessen passendster Spruch allezeit wäre: **Non olo!**

— **Bärenwahnung.** Der Staat bin ich — dieses hochmüthige Wort Lubwings XIV., den seine Zeitgenossen bewundernd den „Großen“ nannten, und von dem heute nicht berührt ist als seine bodenlose Stillekeit, wird jetzt von Bismarck noch übertrumpft. Der brennendste Despot wollte mit seinem Auspruch nur sagen: mein allerhöchstes Interesse ist Staatsinteresse und das Interesse des Staates ist mein Interesse; Bismarck aber erklärt: Das Reich bin ich, aber nur so lange ich will. Wenn ich, der große Bismarck, nicht will, so ist das Reich überhaupt nicht. Und so droht er jetzt durch den Mund seiner Offiziere, auch die Regelung der Kolonialangelegenheiten dem Reich — d. h. der Einrede des Reichstags zu entziehen und dem König von Preußen zu übergeben, der sich — wie es früher im alten Bund Sitte gewesen — auf dem Wege des Vertrages mit den Einzelregierungen verständigen werde. Weil das Reich mir nicht auf den Buchstaben paßirt, darum soll es lieber gar nicht sein.

Nun, uns sprechen solche Drohungen sicher am wenigsten, mag diese Reich bismarckischer Fabrik in Trümmer gehen, um so besser vielleicht

für ein wirklich freies Deutschland, und zudem sind es wirklich nur leere Drohungen. Sind die Ansprüche des vom Kaiserreichs...
— **Dumme Jungen-Streiche.** Es gibt ein lateinisches Sprichwort, welches da lautet: *Sunt pueri pueri, pueri pueritia tractant.* Zu Deutsch: Jungen sind Jungen, und Jungen machen Jungenstreiche. Nun gibt es verschiedene Sorten von Jungenstreichen: einfache Knabenstreiche, die Niemand ernstnehmen und tadeln wird; dumme Jungenstreiche, die man nicht so ruhig hinnehmen kann, und endlich Bubenstreiche, bei denen die Gemüthlichkeit aufhört und die Peitsche in Requisition treten muß, während für die Dummen Jungenstreiche die Ruthe genügt. Wir haben es jetzt mit einem Dummen-Jungenstreich zu thun.

Dumme Jungen sind dumme Jungen, und dumme Jungen machen Dumme-Jungen-Streiche — so variiren wir in der Uebersetzung das lateinische Verschen. Und einen Dummen-Jungenstreich, wie er im Buch steht, finden wir in einer der letzten Nummern der „Freiheit“ des Hans Rost. Herr Hans Rost ist nicht und da nämlich auf, Lieske sei mit Fug und Recht zum Tode verurtheilt worden, denn er habe den Kumpff wirklich erschossen.

Wenn dies wahr wäre, so würde Herr Hans Rost als Mörder verschwiegener Lieske's, wofür er sich ja ausgibt, dies für sich haben behalten müssen, und zwar aus zwei Gründen. Einmal — und der einfache „revolutionäre“ Instinkt müßte ihm das sagen — weil es sich nicht schickt, dem Feinde Alles auf die Nase zu binden und ihm einen Gefallen zu thun. Und daß es den Gewalt-habern und den Werkzeugen, die von der Schuld Lieske's nicht überzeugt waren, sehr angenehm wäre, wenn der Verdacht eines Justiz-mords von ihnen genommen würde, das liegt auf der Hand.

Zweitens dürfte Rost es nicht sagen aus Rücksicht auf Lieske. Dieser hatte die Thätigkeit geleugnet, mit der Behauptung seiner Unschuld legte er den Kopf auf den Bloß — begreift Herr Hans Rost nicht, daß er Lieske, mit dessen Freundschaft er sich brühet, einen sehr schlechten Dienst leistet, indem er ihn zum Lügner humpelt? Das Benehmen des Hans Rost erscheint aber noch viel unverständlicher, wenn wir bedenken, daß er — aufgeschnitten hat — aufgeschnitten in der einzigen Absicht, durch seine erlogene Vertraulichkeit mit Lieske für seine Bumbum-Person Reklame zu machen.

Lieske hat nicht den Kumpff getödtet. Was immer man von Lieske denken mag, er war ein Mann von außerordentlichem Muth und außerordentlicher Nervenkraft. Mit diesen Eigenschaften vertritt er sich absolut nicht, daß er die That, wegen deren das Frankfurter Schwurgericht ihn zum Tode verurtheilt, bis zuletzt geleugnet hätte, vorausgesetzt, daß er sie begangen.

Daß er vor Gericht leugnete, so lange noch Hoffnung auf Freisprechung war, das erklärt sich; allein daß der Urheber eines politischen Verbrechens auch im Angesicht des sicheren Todes leugnet, das ist eine psychologische Unmöglichkeit. Und im Falle Lieske's liegt noch so manches Andere vor, was für die Unschuld des Mannes spricht. Doch lassen wir das. Genug, in seinem kindischen Größenwahn hat Hans Rost, bloß um für seine Person Bumbum-Reklame zu machen, den Mörder und Helden Lieske's einen großen Gefallen gethan, und Lieske als verlogenen Feigling hingestellt.

Daren wir nicht zu mild, diese Leistung des Hans Rost in die Kategorie der Dummen-Jungen-Streiche zu bringen? Wehr in die Kategorie der Knabenstreiche gehört folgendes Stückchen, das der fettemordende Hans jüngst in seinem Blatt verübte, und das wirklich so lustig ist, als daß wir es unsern Lesern vorenthalten sollten. Hänschen ist zwar ein geschworener Feind allen Eigenthums, aber einen ganz besonderen Haß hegt er gegen das literarische Eigenthum. Und er müßte kein Anhänger der Theorie von der Propaganda der That sein, wenn er diesem Haß nicht durch praktische Betätigung den kräftigsten Ausdruck gäbe. Er hat sich das Nachdenken, den literarischen Diebstahl — man verzeihe den veralteten Ausdruck — so angewöhnt, daß es ihn die größte Ueberwindung kostet, nicht zu stellen. Und da man nicht ausschließlich von Weiting, von den alten Jahrgängen des „Volksstaat“, der „Neuen Welt“, der „Sozialpolitischen Blätter“ leben, nicht die ganze Nummer mit Gedichten aus der Sammlung „Vorwärts“ füllen kann, so ist der arme Hans schließlich — nicht er hat die Schere, sondern die Schere hat ihn — auf unsrer Blatt verfallen. Man stelle sich unsere Rührung vor, als wir so einen lieben Bekannten eines Tages hantelnd über's Meer zurückkommen sahen; es war ergreifend. Damit aber begnügt sich Hänschen nicht. Er ist nicht bloß ein Mann, der eine Schere besitzt, er hat auch Grundstücke.

In Nr. 3 unseres Blattes fand er einen Originalbericht über den jüngsten Warschauer Sozialistenprozeß. In einfach abgedruckt — natürlich ohne Quellausgabe — das mag gewöhnlichen Spitzbüben genügen, aber Hänschen ist kein Stämper; nichts heißt, ist seine Devise. Er redigirte ihn „um“, indem er — man raune über solche geistige Arbeit — überall statt Sozialisten Anarchisten schrieb, und verfaß ihn mit folgender genialer Anmerkung: „Die vorstehenden Mittheilungen sind von Warschau aus nach der Schweiz verandt worden. Durch eine Instruktion (oder Dummeheit) des Uebersetzers geriet es so dann leider der ganze Aufsatz in ein durchaus anti-revolutionäres Blatt, nämlich in den sogenannten „Sozialdemokrat“. Dieses Heftliche Demagogorgan hatte denn auch die Strenge, Reich Anarchismus mit Sozialismus zu überlegen, obwohl die redaktionelle Verbindung der beiden jenes Heftlichen Blattes gut genug weiß, daß es in Rußland und Polen lediglich Anarchisten innerhalb der revolutionären Bewegung gibt. Wir haben die nöthige Richtigstellung in dieser Hinsicht besorgt. Mögen künftighin unsere politischen Freunde bei Auswahl ihrer Uebersetzer vorfichtiger sein!“

Wenn sich diese Prochlektion knabenhafter Eitelkeit nur gegen uns „scheußliche Demagogen“ richtete, so würden wir natürlich kein Wort darüber verlieren. In dieser Beziehung wirkt sie nur erheiternd. Aber sie richtet ihre Spitze auch gegen die polnischen und russischen Sozialisten und Revolutionäre. Man kennt das Bestreben der russischen Regierung, ihre ständischen Gewaltmaßregeln gegen die Revolutionäre ihres Landes dadurch zu beschönigen, daß sie dieselben als Anarchisten hinstellt, als Leute, welche die verächtliche Werd- und Diebstahlpraktik praktizieren, man weiß auch, wie energisch diese selbst sich wiederholt gegen eine solch infame Unterstellung verwehrt haben — erst neulich haben Lawroff und Tichomirov in französischen Blättern eine solche Erklärung veröffentlicht — und insofern verliert die Sache ihre harmlose Seite, oder vielmehr, sie würde sie verlieren, wenn überhaupt noch Jemand Hans Rost ernst nähme. Dafür, daß das nicht der Fall, hat er zum Glück selbst mit anerkanntem Witz geistigt.

— Aus Weimar schreibt man uns: „Weizenfels, 8. Februar. Gestern Nachmittag wurde der Führer der hiesigen Sozialdemokratie, Jigarrschändler Kunz, mit sozialdemokratischem Gepränge und unter dem Jubel von Tausenden bedient. Kunz gehörte zu den aus Berlin aus Grund des Sozialistengesetzes ausgewiesenen Agitatoren und hatte sich vor der letzten Reichstagswahl hier niedergelassen. Seitdem war ein sehr erhebliches Wachstum der Sozialdemokratie hierher festgestellt, während noch vor drei Jahren die Arbeiter sich rühmen konnten, daß dank der gesunden Verhältnisse der hiesigen Industrie nicht ein Dutzend von dieser Partei vorhanden sei. Gegenwärtig gilt es schon nicht für unmöglich, daß bei der nächsten Reichstagswahl ein Sozialdemokrat für den Raumburg-Weizenfels-Zeitungskreis aus der Urne als Sieger hervorgehen könnte.“

miserablen, von einem sozialistischeren, lässlichen und bauch-rückenden Subjekte redigirt, „Deutschland“ genannten Blattes aus „Weizenfels“? Alle Radikale der Parteigenossen sprechen nicht so viel als die Korrespondenz der Gegner! Ehre dem Sozialdemokraten, dem solcher Nachruf wird!

Es zeigt aber diese Mittheilung auch, wie sehr die Ausweisungen aus Berlin etc., wenn sie auch die einzelnen Personen schwer geschädigt haben, der Sozialdemokratie an sich förderlich gewesen sind. Es bestätigt die gegnerische Korrespondenz die Thatsache, daß der große Otto nebst seinen Trabanten der größte Förderer der Ausbreitung der sozialdemokratischen Ideen gewesen ist.

— Die Genossen in Locle senden uns ebenfalls einen schneidigen Protest gegen die Polenausweisungen, die sie als einen „Schandfleck für Deutschland“ erklären, „von dem sich andere Nationen mit Ent-rüstung abwenden.“

Desgleichen haben Versammlungen von Deutschen in Horgen und in Schaffhausen, sowie die sozialdemokratische Mitgliedschaft in St. Gallen ihre volle Zustimmung zu der Züricher Resolution ausgesprochen.

— In Decazeville ist der Streit von Neuem ausgebrochen, hauptsächlich weil die Gesellschaft den Ingenieur Blazy wieder einsetzen wollte, der bei den Arbeitern sich ebenso verhaßt gemacht als Watrin und sich vor dem Schicksal desselben seinerzeit nur durch schleunige Flucht gerettet hatte; außerdem hat die Gesellschaft einen neuen Lohn Tarif auf-gesetzt, der nach Ansicht der Arbeiter einen Lohnherabsetzung gleichkommt. Natürlich hat die Regierung sofort Kruppen hingeschickt, um die „Ruthe“ aufrecht zu erhalten, aber das genügt den Herrschaften noch nicht. Weil die Regierung nicht offen für die Arbeiter Partei ergriffen, schreiben sie durch den Mund des „Journal des Debats“, dieses elenden Speku-lantenblattes, das trotz seiner notorischen Bezeugungen zu den Finanz-leuten der Orléanistischen Clique in deutschen Redaktionsstuben als „republikanisch“ gilt — über unbefugte Einmischung in ihre Rechte. Der Präsekt hat nämlich die Anschlagung eines Plakats der Gruben-verwaltung verhindert, das die Wuth der Arbeiter auf's Aeußerste treiben mußte. Den Interessen der Herren hätte es besser entsprochen, wenn es zum Blutergießen gekommen wäre. Wozu hat man denn ein „herrliches Heer“?

Bastig und Camélinat sind sofort an Ort und Stelle gereist, um ihren Kameraden mit Rath und That beizuhelfen, was ihnen Seitens der Bourgeois sehr unangenehm genommen wird. Besonders infam benimmt sich das Chauvinistenblatt „Paris“. Ganz recht. So wird den Arbeit-tern am deutlichsten bewiesen, was sie von diesen „Patrioten“ zu erwar-ten haben. An der Arbeiterfrage muß die Revançepolitik zerfallen — haben wir drüber.

rs. Noch einmal Herr Maximilian Schlesinger. Es sind uns auf Grund des Herrn Schlesinger betreffenden Notizen in Nr. 5, 7 und 8 unseres Blattes sowohl eine Anzahl auf die Streitfrage bezügliche Schreiben, als auch das in dem Windthorst-Prozeß ergangene Erkenntnis vom 9. Oktober 1884 zugegangen, aus welchen wir uns genöthigt sehen, Einiges mitzutheilen, was allerdings geeignet sein dürfte, Herrn Schlesinger in recht unangünstigem Lichte erscheinen zu lassen, für uns aber außerdem die poligeriprincipielle Thätigkeit dieses Mannes erwies.

Indem wir einige Stellen aus dem genannten Erkenntnis folgen lassen, heben wir ausdrücklich hervor, daß, wie uns weiter mitgetheilt wird, Herr Schlesinger und kein anderer die darin erwähnten Mittheilungen gemacht haben kann.

Unter der Rubrik: „Durch die Beweisaufnahme ist folgender Sach-verhalt erwiesen,“ heißt es auf Seite 4 des Erkenntnisses: „Die sozialdemokratische Partei in Breslau besaß unter dem Namen: „Schlesische Volksbuchdruckerei v. Zimmer & Cie.“ eine eigene Druckerei. Indem die Firmenhaber und Verwalter Zimmer & Störmer gegen ein fixirtes monatliches Gehalt engagirt waren, ist die genannte Partei der Eigenthümer der Druckerei, welche bereits im Jahre 1877 durch unter Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei veranstaltete Sammlungen, über deren Beträge den Einzeln-Darlehensschein gegeben wurden, gegründet wurde. In dieser Druckerei sind bis in die neueste Zeit sämtliche Preßherzeugnisse im Interesse der Partei, namentlich Zeitungen und Flugblätter, insbesondere Wahlflugblätter, welche letzteren in Deutsch-land zur Verbreitung gelangten, unentgeltlich hergestellt worden. Von dem Buchdrucker Zimmer wurden bis Ende des Jahres 1882 zur För-derung der sozialdemokratischen Agitation Beiträge eingesammelt, welche mit der Kasse der Druckerei vereinigt und zu allerlei Agitationszwecken und zur Unterstützung sozialdemokratischer Agitatoren verwendet worden sind. In den zur Druckerei gehörigen Lokalen haben wiederholt geheime sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden, in denen nicht nur hiesige, sondern auch auswärtige Leiter der Partei, sowie sozialdemo-kra-tische Reichstagsabgeordnete behufs Besprechungen und Abhaltung von Versammlungen zusammengekommen sind.“

Unserer Ansicht nach müßte die Breslauer Druckerei sehr gut fundirt gewesen sein, wenn sie Zeitungen und Flugblätter unentgeltlich hergestellt hätte. Das thut nun, beiläufig gesagt, keine Druckerei, und insbesondere die Breslauer hat, wie uns mitgetheilt wird, sehr oft in arger Klemme gesteckt, so daß, wie wir aus einer „Erklärung“ ersehen, der Bankrott derselben mehr wie einmal vor der Thür stand, sie also schon deshalb so gerades nicht handeln konnte. Aus dem Umstand, daß Gesinnungs-genossen Geld zur Errichtung der Druckerei geliehen, zu folgern, die Druckerei gehöre deshalb der Partei, ist übrigens eine feine Logik. Da-nach müßte aller Besitz und alles Vermögen, was einzelne Parteigenossen besitzen, der Partei gehören. So weit sind wir aber noch nicht, und zudem müßte auch erst festgestellt sein: wer ist die Partei. Daß der Richter sich darauf gar nicht einließ, ist nur dadurch erklärlich, daß er sich auf eine zeugeneidliche Aussage stützte.

Jedoch abgesehen von alledem, kam es uns so vor, als ob wir die Stelle des Erkenntnisses schon irgendwo gelesen hätten. Und siehe da, wir finden eine deutsche Zeitung, worin das Verbot der Breslauer Druckerei abgedruckt ist. Und wie lautet es da? „In Erwägung, daß erweislich die gedachte Druckerei, welche im Jahre 1877 durch freiwillige Beiträge sowie durch Sammlungen der sozialdemokratischen Parteigenossen begründet worden ist, bis in die neueste Zeit sämtliche Preßherzeugnisse im Interesse der sozialdemokratischen Partei unentgeltlich hergestellt hat, von denen die nachgenannten Druckereien durch die Landespolizeibehörde verboten worden sind.“ Und nun werden fünf Zeitungen und neun andere Druckschriften aufgeführt, welche dem Verbot erliegen sind. Wie gesagt, daß fünf Zeitungen unentgeltlich hergestellt, den Kolporturen resp. Lesern unentgeltlich überlassen, d. h. geschenkt worden sein sollen, scheint für uns nicht glaublich und müßte doch wohl die Unwahrscheinlichkeit solcher Behauptung durch die Bücher, Kolporturen und Leser festgestellt werden können. Wir glauben bisher, die Polizei hätte das Verbot auf bloße Annahme der vorerwähnten Behauptungen hin erlassen, allein auf die oben erwähnten Zugensätze hin konnte sie so handeln. Es kommt, wie gesagt, alles darauf an, wer diese Aussagen gemacht.

Sobald heißt es in dem Druckerverbot wörtlich weiter: „In fernerer Erwägung, daß die Erträge zu Agitationszwecken und zur Unterstützung sozialdemokratischer Agitatoren verwendet worden; sowie daß in den zu der Druckerei gehörigen Lokalen wiederholt geheime sozialdemokratische Versammlungen stattgefunden haben, in denen über die Mittel und Wege, wie den Lehren und Bestrebungen der Partei in weiterem Kreise Eingang zu verschaffen, berathen wurde, wird das hier-ortlich bestehende Buchdrucker- und Verlagsgeschäft etc. hiermit verboten.“ Das Verbot ist, wie zu ersehen, einfach aus dem Erkenntnis abge-schrieben, und es fragt sich: wie kommt Saal unter die Pro-pheten, d. h. Herr Maximilian Schlesinger unter die Zeugen in dem Prozeß gegen Windthorst und Genossen — er, der schon jahrelang nichts mehr mit unserer Partei zu schaffen hatte.“ Dabei ist zu erwähnen,

*) Es wird uns ferner mitgetheilt, daß, als die Druckerei geschlossen war und unser Genosse Kräder die Beschwerde dagegen erhob, die kon-servative „Schlesische Zeitung“ es war, welche gegen Kräder diesbezüg-lich protestirte, worauf ihr die „Breslauer Morgen-Zeitung“ antwortete, sie solle erst abwarten, da die Sache noch nicht ganz klar sei, denn die Maßregel bafire auf einer Reihe auf Eigennutz beruhender gemeiner Denunziationen. „Und obwohl das Blatt keinen Namen nannte, lauteten diese paar Worte Herrn Maximilian Schlesinger doch so gewaltig, daß er darob in seiner Zeitung die „Breslauer Morgen Zeitung“ barich an-fuhr und derselben vorwarf, sie verstehe überhaupt nichts, und was der-gleichen Schmeicheleien mehr waren.“

daß, wie man uns gleichfalls mittheilt, Herr Schlesinger die früheren Inhaber der Druckerei, die seiner Zeitung gegenüber ein Konkurrenzblatt gründeten, schon einmal mit einem Prozeß, der auf Betrug gerichtet war, be-lästigte, jedoch kein Glück damit hatte. Wir bemerken übrigens aus-drücklich, daß wir gar keine Ursache haben, für diese früheren Inhaber der Druckerei eine Lanze zu brechen, denn diese stehen uns mit ihrem Blatt genau so fern, wie Herr Schlesinger mit seinem Blatt; beide Blätter sind nur dazu angethan, die Parteigrundsätze hinstanzuhalten und haben bestenfalls nur den Zweck, den beiderseitigen Besitzern ein gutes Leben zu sichern. Biderseitig mögen sich die Herren aber merken, daß unsere Partei in Breslau trotzdem bestehen wird, ohne sie und trotz alledem.

Eine andere Stelle des Erkenntnisses lautet wie folgt: „Dem Ange-klagten Windthorst war ferner die Verwaltung und Beaufsichtigung der sozialdemokratischen Partei gehörigen Kassen anvertraut. Er führte die Kasse über die Kasse der Volksbuchdruckerei Zimmer & Cie.“ Nach eingezogenen Erkundigungen aber wird uns versichert, daß Windthorst weder mit der Druckerei noch mit deren Kasse je etwas zu thun gehabt, daß es ihm unerfindlich sei, wie solche Bekundigungen gemacht werden konnten, und daß er höchstens zwei oder dreimal die Lokale der Druckerei besucht und nie länger als einige Minuten darin verweilt habe.

Die Einrede der Angeklagten, daß Wesely, daß „sich zum Denun-zianten seiner früheren Parteigenossen beigegeben habe, nicht glaubwürdig sei, endlich daß dem Zeugnis des Redakteurs Schlesinger aus demselben Grunde kein Gewicht beigelegt werden könne, indem er sich insoweit einer mit dem Firmenhhaber der Volksbuchdruckerei Zimmer entstandenen Diffe-renz, welche zu verchiedenen Prozessen mit demselben Anlaß geworden, von der sozialdemokratischen Partei, welcher er früher angehörte, losge-sagt habe, hat das Gericht als schwerwiegend einer eingehenden Beur-theilung unterworfen.“ Nachdem nun in dem Erkenntnis die Gründe mitgetheilt werden, daß und warum das Gericht der Aussage Wesely Glauben schenken müsse, heißt es sodann weiter: „Dasselbe gilt von dem Zeugnis des Redakteurs Schlesinger, gegen dessen Wahrheitsliebe trotz seiner jetzigen Stellung zur sozialdemokratischen Partei sich nicht der geringste Zweifel, da er sich in jeder Weise korrekt und bestimmt ausdrückte, geltend machen läßt.“

Nun sind wir mit Herrn Schlesinger fertig und wünschen ihm viel Glück zu seiner Thätigkeit bei der neuen demokratischen Partei. Auch dieser Partei wünschen wir Glück zu dieser schätzbaren Aquisition. Zum Schluß sei noch erwähnt, daß die Polizei die Druckerei nach Er-lauf des Sozialistengesetzes sieben Jahre lang bestehen ließ, woraus wohl hervorgeht, daß sie erst aus Grund der im Prozeß Windthorst und Genossen gemachten Aussagen auf die Fährte gebracht wurde und nun natürlich auch zugriff.

— Aus London erhalten wir folgende Resolution zur Ver-öffentlichung:

„Der kommunistische Arbeiter-Bildungsverein, 49 Tottenham Street, erklärt sich hiermit mit der Taktik der „Social-Democratic Federation“ in Sachen der Arbeitslosenbewegung in England einverstanden, und hält sich für verpflichtet, unsere englischen Genossen nach Kräften zu unter-stützen.“

Beschlossen in der Versammlung vom 20. Februar. In der gleichen Zuschrift wird Beschwerde darüber geführt, daß der „Sozialdemokrat“ in letzter Zeit mehrfach „tendenziös entstellte“ Berichte über die Ereignisse in London gebracht und persönliche Verhättnisse über Hyndmann und Genossen nachgesprochen habe. Es wird daher der Redaktion empfohlen, nur mit Unter-schrift vorsehene Berichte auszuheben oder in zweifelhaften Fällen sich an den kommunistischen Arbeiter-Bil-dungsverein zu wenden.

Ferner schreibt uns in gleichem Sinn ein Londoner Genosse: „Wenn der Schreiber des Berichtes in Nr. 8 des „Sozialdemokrat“ Parteigenosse wäre, so müßte er wissen, daß mit dem Einzelkämpfer Hyndmann's, durch die Annahme des Geldes zu Wahlzwecken einen taktischen Fehler gemacht zu haben, diese Angelegenheit in der sozialdemo-kra-tischen Federation erledigt war, und ausdrücklich anerkannt wurde, daß sämtliche daran Theilgenommene in durchaus unehrenhafter Weise ge-handelt, und ihr Verles für die Bewegung glauben gethan zu haben. Im Uebrigen sieht Schreiber dieses noch lange keinen Fehler in dem Bekämpfen des einen Feindes mit den Mitteln des anderen, wenn nur Beiden, welche uns gegenüber eine reaktionäre Rasse sind, Schaden zugefügt wird.“

Wenn der Einsender meint, die Theorie und Praxis von Hyndmann und Konsorten (womit er wahrscheinlich die sozialdemokratische Federation meint), rechtsfertigen den Verdaß, Hyndmann stehe mit den Konser-vativen im Bund, so ist diese Behauptung einfach absurd und erinnert so recht an die Vorkommnisse in der deutschen Partei vor 20 Jahren. Gerade die „Theorie und Praxis“ der sozialdemokratischen Federation, ihr fortwährendes öffentliches Agitiren in Dutzenden von Versammlungen unter freiem Himmel, Woche für Woche, haben ihr einen starken Anhang verschafft, und wenn sich die sozialdemokratische Federation nicht der Arbeitslosen angenommen hätte, so würde man wahrscheinlich heute schon nicht mehr viel davon lesen.“

Der Schreiber empfiehlt daher der Redaktion, Korrespondenzen mit solchen Angriffen die Ausnahme zu versagen oder wenigstens vor der Aufnahme beim Vorstand des kommunistischen Arbeiterbildungsvereins Anträge zu halten, dann werde das Parteiorgan davor bemahrt sein, bei Mißbilligung „gewissenloser oder nachsüchtiger Korrespondenzen“ mit-gemacht zu werden.

Wir haben daraus Folgendes zu erwidern: Von Leuten, über deren Zuverlässigkeit wir im Zweifel sind, nehmen wir Korrespondenzen überhaupt nicht auf — es kann sich also höchstens um eine abweichende Beurtheilung bestimmter Thatsachen handeln. Die Thatsachen aber, die unser Korrespondent uns berichtet, stehen un-de-r-ritten fest; scheint dem kommunistischen Arbeiterbildungsverein die Beurtheilung unrichtig, so stellt es ihm frei, seine gegentheilige Ansicht ebenfalls im Parteiorgan zum Ausdruck zu bringen. Eine weitergehende Verpflichtung kann die Redaktion aus leicht begreiflichen Gründen nicht übernehmen, sie muß sich das Recht vorbehalten, von den ihr zugehenden Zuschriften denjenigen Gebrauch zu machen, der ihr im Interesse der Sache geboten erscheint. Dafür, daß sie dieses Recht nicht mißbraucht, ist sie der Partei verantwortlich.

Was speziell den Fall Hyndmann etc. anbelangt, so beharren wir, mit dem Schreiber des in Nr. 8 veröffentlichten Briefes, auf der strengsten, nicht nur taktischen, sondern prinzipiellen Beurtheilung des von diesen Leuten bei der letzten Wahl eingezogenen Geldes, dessen verber-lische Folgen sich übrigens gerade bei der jetzigen Gelegenheit so deut-lich gezeigt haben. Er hat die sozialistische Partei um ihren Kredit in der öffentlichen Meinung gebracht; und wenn heute die liberale und radikale Presse die Sozialisten als die Handlanger der Tories hinstellt, wenn der Arbeiterdeputierte Cremer am 26. Februar im Parlament mit Bezug auf die Sozialisten erklärt, er „sei im Stande zu beweisen, daß der edle Lord, Vertreter für Paddington, in gewisser Verbindung stehe mit den Beförderern des Meetings von Trafalgar Square“, so gewinnen diese Beschuldigungen durch den Hinweis auf das notorische Wahlgeschäfft zwischen Hyndmann etc. und den Tories vor dem Publikum sofort den Schein der Berechtigung.

Weiter aber hat unser Korrespondent nichts gesagt. Er hat seinem, nach unserer Ansicht durchaus berechtigten Unmuth darüber Ausdruck verliehen, daß solche Angriffe erhoben werden können, ohne daß sie sich von vornherein als elende Tendenzstücken kennzeichnen. Und darin müssen ihm selbst diejenigen zustimmen, die in dem bewußten Handel „nur einen taktischen Fehler“ erblicken.

Sozial für heute.

Räder auf die Personenfrage einzugehen, verbietet uns der Umstand, daß Hyndmann und Champion zur Zeit unter Anklage stehen.

— Oesterreich. Im Lande der Niederrichtigkeit und Heu-helei ist man im gegenwärtigen Moment daran, ein Sozialistengesetz zu schreiben, als ob in diesem Lande, wo schon jetzt die Presse, das Vereins- und Versammlungsrecht in einer wahrhaft unerhörten Weise getaebelt sind, noch ein Ausnahmengesetz notwendig wäre! Aber diese ist nicht umsonst Bismarck's A-mtsdrucker. Hat Bismarck sein Ausnahmengesetz, so muß er auch eins haben, natürlich ins Oesterreichische, oder sagen wir lieber ins Habsburgische überjetzt.

Hören wir, wie unser Bruderorgan, der Drücker, „Volksfreund“, sich darüber äußert: „Nicht nur wir, sondern jeder halbwegs einsichtige Politiker hat sich

